

«JA ZUR MEDIZINISCHEN VERSORGUNGSSICHERHEIT» JETZT BITTE NICHT LOCKER LASSEN!

Um die erforderliche Anzahl gültiger Unterschriften zu sammeln, bleiben noch drei Monate Zeit. Worum es geht und nicht geht, wo wir aktuell stehen, und was geschieht, wenn die Initiative scheitert, erläutert Andreas Faller, Mitglied des Initiativkomitees, Rechtsanwalt und Berater im Gesundheitswesen, im nachfolgenden Interview.

Herr Faller, in der Apotheke müssen wir unsere Kunden täglich über nicht lieferbare Medikamente informieren. Wie können wir unseren Kunden gegenüber diese Lieferschwierigkeiten erklären?

Andreas Faller: Die Gründe für die aktuellen Lieferengpässe liegen insbesondere in der sich über mehrere Jahre entwickelten Verschiebung der Lieferwege, vor allem für Grundversorgungsme-

dikamente wie beispielsweise Antibiotika. Es sind vor allem generische Medikamente betroffen. Der Preiswettbewerb unter den Pharmaunternehmen und die erheblichen Preissenkungen durch das BAG haben zur Auslagerung der Produktion in günstige Produktionsländer geführt, insbesondere nach China und Indien. Mittlerweile sind wir bei zahlreichen Grundversorgungsmedikamenten beinahe vollständig von diesen Ländern abhängig, die – bei allem gebührenden Respekt – nicht die zuverlässigsten Lieferanten sind und aus wirtschaftlichen Überlegungen in ihren Abläufen Länder mit grossen Bestellmengen priorisieren. Mittlerweile haben wir bei einigen Antibiotika nicht einmal mehr Lieferzusicherungen auf sechs Monate hinaus. Auf der Webseite www.drugshortage.ch von Enea Martinelli können Sie sehen, wie dramatisch die Lage ist, nicht nur bei «Me-too-Präparaten», sondern immer mehr auch bei essenziellen und lebensnotwendigen Medikamenten. Dadurch wird die Sicherheit von Patientinnen und Patienten erheblich gefährdet, und für die Apotheken bedeutet die alltägliche Suche nach Alternativen einen riesigen Mehraufwand.

Von wem wird die Initiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit» getragen?

Um der sinkenden Liefer- und Versorgungssicherheit mit Medikamenten zu begegnen, hat eine breite Allianz aus Apothekerschaft, Ärzteschaft, Tierärzteschaft, Drogisten, Pharmaindustrie, Grossisten, Labormedizin und einer Konsumentenorganisation vor einem guten Jahr die Volksinitiative «Ja, zur medizinischen Versorgungssicherheit» lanciert. Deshalb können wir die Vorwürfe, sie sei von der Pharmaindustrie getrie-

INFOS & LINKS

Infos zur Initiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit»

Die drei Ziele der Initiative auf einen Blick:

- Schaffung einer Bundeskompetenz (anstelle von 26 kantonalen Zuständigkeiten),
- Stärkung des Standorts Schweiz (Forschung, Entwicklung, Produktion und Lagerhaltung),
- Schaffung zuverlässiger Lieferketten aus dem Ausland.

Nützliche Links:

- Bestellung des Material zur Unterschriftensammlung via Grossisten oder via bestellungen@versorgungsinitiative.ch
- Informationen und Initiativbogen zum Download unter: www.versorgungsinitiative.ch
- Bei Rückfragen: info@versorgungsinitiative.ch

ben, entschieden zurückweisen. Es sind vor allem die Gesundheitsfachpersonen an der Front, diejenigen, die mit den Patientinnen und Patienten zu tun haben, die auf ein wirklich grosses Problem aufmerksam machen wollen.

Welche Ziele strebt die Initiative an?

Wir haben vor der Lancierung mit allen Akteuren intensiv verschiedene Lösungsvorschläge diskutiert und daraus drei Ziele formuliert. Ein Ziel ist die Schaffung einer Bundeskompetenz. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin ein grosser Freund des Föderalismus, aber wir haben in der Pandemie gesehen, wie weit wir damit kommen. Es kann nicht sein, dass sich 26 verschiedene Kantone einzeln um die Versorgungssicherheit mit Medikamenten für ihre Bewohnerinnen und Bewohner kümmern müssen. Dieses Problem muss auf Bundesebene gelöst werden. Der Standort Schweiz muss gestärkt werden, damit sich die Rolle der Schweiz im internationalen Verteilungskonglomerat signifikant verändert. Wir haben es während der COVID-Pandemie erlebt: Von dem Moment an, in dem an zwei Standorten in der Schweiz Impfstoffe produziert wurden, erhielt die Schweiz mehr Beachtung. Es ist jedoch keine Heimatschutzinitiative. Es geht nicht darum, alles in der Schweiz zu produzieren. Aber wir müssen die Position der Schweiz im Ausland stärken und gleichzeitig zuverlässige Lieferketten aus dem Ausland schaffen.

Wie könnten zuverlässige Lieferketten etabliert werden?

Es braucht hierzu die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Industrie im Rahmen von

«Public-Private Partnerships» (PPP). Gemeinsam müssen die Lieferketten stabilisiert werden. Und man muss hierzu nicht auf die EU warten, wie es teilweise in Bundesbern gesagt wird. Nein, man kann sehr zeitnah bilaterale Gespräche aufnehmen. Beachten wir dabei, wie intensiv Deutschland an diesem Thema arbeitet. Vielleicht müsste man sich einfach mal in Berlin oder anderen Hauptstädten melden, denn ich weiss aus früheren grenzüberschreitenden Projekten, dass Deutschland sehr offen für derartige Kooperationen ist. Es gibt aber auch weiter gehende Ideen, zum Beispiel die Vision, dass sich mehrere Staaten mit der Schweiz zusammenschliessen, um in der Nähe gemeinsam – im Rahmen eines PPP mit der Industrie – eine Produktionsstätte für Antibiotika zu bauen. Ja, warum nicht? Gemeinsam mit anderen Staaten und der Industrie wäre ein solches Unterfangen ohne grössere Probleme zu finanzieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Versorgungsengpässe bei Medikamenten zu erheblichen volkswirtschaftlichen Effekten führen. Und denken wir einmal daran zurück, dass ein Tag Lockdown in der COVID-Pandemie die Schweiz 200 Millionen Franken kostete. Für den Gegenwert von wenigen Lockdown-Tagen wäre ein solches Projekt realisierbar. Es ist nicht so, dass das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung und das Bundesamt für Gesundheit das Thema der Medikamentenversorgung nicht aufgegriffen hätten. Aber die dort erarbeiteten Vorschläge durchlaufen nun die politische Maschinerie, und wir können einfach nicht mehr zwei, drei Jahre warten, um zu sehen, was die Politik davon am Ende übriglässt. Es braucht den Druck der Initiative.

Wenn wir die Produktion von z.B. Antibiotika-Generika zurück nach Europa holen, werden die Medikamentenpreise dann nicht steigen in einer Zeit, in der Forderungen nach Preissenkungen bei den Generika immer lauter werden? Ist eine Anpassung der Generikapreise ans umgrenzende Ausland aufgrund der höheren Schweizer Lohn-, Vertriebs- und Lagerkosten nicht sowieso illusorisch?

In der Tat sind die Lohn- und Infrastrukturkosten in der Schweiz höher, man kann die Medikamentenpreise deshalb nicht eins zu eins mit dem Ausland vergleichen. Die Generika sind aber keine wesentlichen Kostentreiber im Schweizer Gesundheitssystem. Sie machen etwa 3 % der Kosten in der obligatorischen Grundversicherung aus. Wenn wir die Generikapreise also um 30 % senken, sparen wir bei den Krankenkassenprämien einmalig etwa 1 %. Das steht in keinem Verhältnis zu den massiven Lieferengpässen, den gesundheitlichen Konsequenzen für die Bevölkerung und den Folgekosten. Wenn man es unternehmerisch geschickt anstellt und Skalierungseffekte nutzt,



müssen bessere Lösungen nicht zwingend viel teurer sein. Wir sind auch der Meinung, dass die Mehrkosten zur Gewährleistung der medizinischen Versorgungssicherheit nicht unbedingt auf die Patientinnen und Patienten abgewälzt werden sollten. Bei der Finanzierung allfälliger Mehrkosten sehen wir auch den Bund in der Pflicht, wie bei anderen Versorgungsgütern.

Ein Jahr nach der Lancierung hat die Initiative noch nicht alle erforderlichen Unterschriften gesammelt. Jetzt bleiben noch drei Monate Zeit. Wie schätzen Sie diese Entwicklung ein?

Wir haben alle gedacht, dass es einfacher sein würde, die erforderlichen Unterschriften zusammenzubekommen. Vielleicht hat es damit zu tun, dass alle denken, dass das sowieso ein Selbstläufer ist. Wir haben jetzt noch drei Monate für den Endspurt. Sehr erfreulich ist, dass wir im Frühjahr eine deutliche Zunahme der Sammelintensität festgestellt haben. Von Mitte April bis Mitte Mai haben wir rund 15 000 Unterschriften erhalten. In diesem Stil müssten wir nun weitermachen, dann schaffen wir es. Selbst wenn die Apotheken diese Aufgabe allein stemmen müssten, bräuchten wir nur ein bis zwei Unterschriften pro Apotheke pro Tag, um das Ziel zu erreichen.

Was geschieht, wenn die Initiative ihr Sammelziel verfehlt?

Uns ist sehr wichtig, zu betonen, dass es uns nicht primär um einen Verfassungsartikel geht, sondern darum, uns Gehör zu verschaffen. Ab dem Moment, ab dem wir die Initiative gültig eingereicht haben, erhalten wir entsprechende politische und mediale Aufmerksamkeit und die Möglichkeit, unsere Anliegen und Forderungen zu formulieren und Druck auf die politischen Prozesse ausüben. Wenn wir hingegen scheitern, hinterlassen wir den Eindruck, das Problem sei wohl doch nicht so gross. Ausserdem wird man denken, dass wir nicht initiativfähig sind, dass wir nicht einmal in der Lage sind, zu mobilisieren. Wir würden Glaubwürdigkeit verlieren.

Das wäre äusserst bedauerlich. Hätten Sie vielleicht ein paar Ratschläge für die Apotheken, wie das Sammeln der Unterschriften gelingt?

Auf der Webseite versorgungsinitiative.ch kann sämtliches Material, Erläuterungen und Unterschriftenbögen bestellt werden. Es wird alles zeit-



PERSÖNLICH



Andreas Faller
Mitglied des Initiativkomitees,
Rechtsanwalt und Berater
im Gesundheitswesen

Andreas Faller ist Rechtsanwalt und seit 25 Jahren im Gesundheitswesen tätig. Als ehemaliger Vizedirektor des BAG und ehemaliger Generalsekretär im Gesundheitsdepartement Basel-Stadt konnte er einschlägige Erfahrung sammeln. Seit 12 Jahren ist er als Berater und Geschäftsführer von Verbänden im Gesundheitswesen aktiv, unter anderem als Geschäftsführer der Vereinigung unabhängiger Apotheken (VGUA). In seiner Freizeit treibt Andreas Faller viel Sport (Basketball, Fitness, Skifahren und Tauchen) und ist – wie viele Basler – aktiver Fasnächtler (Schnitzelbänkler).

nah geliefert. Übrigens kann man die Unterschriftenbögen auf der Webseite auch als PDF downloaden und ausdrucken. Wichtig ist, dass auf einem Unterschriftenbogen nur die Bewohnerinnen und Bewohner einer Gemeinde erfasst werden dürfen, sonst sind Teile der Unterschriften ungültig. Es kann deshalb einfacher sein, genügend Bögen zur Hand zu haben und einfach jeder Person, die unterschreiben möchte, einen neuen Bogen zu geben. Dann muss man nicht erst nach dem Bogen mit der richtigen Gemeinde suchen und riskiert keine Ungültigkeiten. Am Ende schickt man dann halt mehr Papier ein, vermeidet aber Ungültigkeiten und ist beim Sammeln schneller. Die drei Apotheken, die am meisten Unterschriften gesammelt hat, bekommen durch uns ein Teamevent im Wert von 1000 CHF gesponsert. Natürlich darf auch jeder in seinem Familien- und Freundeskreis und den Vereinen Unterschriften sammeln. So kommen mit relativ wenig Aufwand rasch ein paar Unterschriften zusammen.

Vielen Dank für die motivierenden Worte und Sammeltipps!

Dr. pharm. Chantal Schlatter